Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/4827

05. 03. 76

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 10. März 1976
am Donnerstag, dem 11. März 1976

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

1. Abgeordneter **Anbuhl** (SPD)

Wieviel voll ausgebaute Erziehungsberatungsstellen gibt es zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Zahl auf einen international vergleichbaren Standard zu heben?

2. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, der Heroinschmuggel habe zugenommen, die Zahl der Todesfälle unter den Rauschgiftsüchtigen steige an und auch aus der Türkei gelange wieder Rauschgift auf den illegalen Markt, und zu welchen Maßnahmen und Überlegungen gibt dies — bejahendenfalls — der Bundesregierung Anlaß?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

3. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Gibt es eine endgültige Entscheidung der Bundesregierung bezüglich des Baus einer Sternwarte der Max-Planck-Gesellschaft in Namibia?

4. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Ist ein Neutronenmonitor der Max-Planck-Gesellschaft in Namibia im Einsatz, und welchen Zwecken dient er dort?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

5. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Pressemitteilungen bestätigen, daß angesichts der großen Nachfrage nach Mitteln des Regionalprogramms stark einengende Prioritäten gesetzt werden müssen, und hält sie trotz des erheblichen Baurückgangs an ihrer Absicht fest, das Regionalprogramm 1977 auslaufen zu lassen?

6. **Abgeordneter Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in mehreren Großstädten die Bevölkerungsziffer unter 500 000 Einwohnern sinkt und sich dadurch Veränderungen bei den Höchstbeträgen für Mietbelastungen nach § 8 des Zweiten Wohngeldgesetzes ergeben, was in vielen Fällen zu einer erheblichen Verminderung von Wohngeld für die Betroffenen führen wird, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Beeinträchtigung bei den Wohngeldleistungen auszugleichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

7. Abgeordneter **Vogelsang** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach dem Haushaltsstrukturgesetz der Fachwechsel aus wichtigem Grund gemäß § 17 Abs. 3 Nr. 2 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zu den bisherigen günstigeren Förderungsbedingungen nur für Studenten im zweiten und höheren Semestern nur noch bis zum 31. März 1976 vollzogen werden und von vielen der betroffenen Studenten aus von ihnen nicht zu vertretenden Gründen gar nicht genutzt werden kann, und wenn ja, wird sie aus dieser Kenntnis Folgerungen ziehen?

8. Abgeordneter **Vogelsang** (SPD)

Wie würde sich — da der Termin 31. März 1976 entgegen dem Beschluß des Bundestages vom Bundesrat im Vermittlungsverfahren durchgesetzt wurde — die Bundesregierung zu einer Initiative der Länder auf Verschiebung dieses Termins entsprechend dem Beschluß des Deutschen Bundestages stellen?

9. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Wie viele von der ZVS abgelehnte Studienbewerber sind auf Grund verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen im Wintersemester 1975/1976 an den Hochschulen zugelassen worden?

10. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung aus diesen verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen für das künftige Zulassungsverfahren zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

11. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß — wie in der Zeitung „Die Welt" vom 17. Februar 1976 gemeldet — in der Privatwohnung des Bundesinnenministers Dr. Maihofer ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Falin u. a. auch über Spionagetätigkeit von Angehörigen der sowjetischen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland geführt wurde, und, wenn ja, entspricht

es diplomatischen Gepflogenheiten, daß diese Gespräche in der Privatwohnung des Bundesinnenministers und nicht im Amtssitz des Bundesaußenministers geführt werden?

12. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in anderen Ländern heute ein totales Verbot der Emission von Phosgenen besteht, und wird von der Bundesregierung erwogen, die Emission von Phosgenen zu verbieten?

13. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

In welchem Umfang und gegebenenfalls nach welchen Richtlinien werden Ausbildungszeiten — schulische Ausbildung, handwerkliche Ausbildung oder in der Krankenpflege — für jugendliche Umsiedler aus Ostblockstaaten in der Bundesrepublik Deutschland angerechnet und berücksichtigt?

14. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Welche der drei Charakterisierungen der Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ) durch das Bundesinnenministerium
— VDJ ist nicht verfassungsfeindlich (Innere Sicherheit 32 vom 13. Februar 1976)
— Aus der Tatsache nämlich, daß einer bestimmten Vereinigung wie etwa ... VDJ auch Kommunisten angehören, kann nicht in jedem Falle gefolgert werden, daß die gesamte Organisation verfassungsfeindliche Ziele verfolge (Bundesminister Maihofer am 28. November 1975 im Bundesrat)
— Die VDJ ist eine kommunistische Hilfsorganisation, die nicht auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes steht (VDJ-Analyse des Bundesinnenministeriums gegenüber der Bayerischen Staatsregierung)
ist die derzeit gültige?

15. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Liegt den unterschiedlichen Charakterisierungen ein jeweils neuer tatsächlicher oder politischer Erkenntnisstand oder die Berücksichtigung der jeweiligen Adressaten zu Grunde?

16. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Kann sichergestellt werden, daß durch die Berufung des neuen Leiters der Berliner Filmfestspiele, an der die Bundesregierung maßgeblich mitgewirkt hat, die Berliner Filmfestspiele in ihrer bewährten Form erhalten bleiben?

17. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Wie erklärt sich die Bundesregierung, daß der stellvertretende Bevollmächtigte der Bundesregierung in Berlin, Ministerialdirektor Hermann Kreutzer, unter Protest der Abstimmung fernblieb?

18. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung eine Begründung für die Versagung eines Flüchtlingsausweises für zulässig, der Betroffene habe eine Verurteilung wegen „illegaler Fluchtversuche" in der DDR selbst zu vertreten, und „das in der DDR herrschende System" könne „nicht als politisch bedingte Zwangslage angesehen werden, da alle Bewohner der DDR diesem System ausgesetzt sind", und wenn nein, wird sie darauf hinwirken, daß derartige Entscheidungen künftig unterbleiben?
19. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	In welchem Umfang sind die Planstellen der Bundesgrenzschutzfliegereinheiten besetzt?
20. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)	Wie ist der gegenwärtige Stand des Genehmigungsverfahrens zur Errichtung und zum Betrieb eines Kernkraftwerks an der Weser (Grohnde), und liegen insbesondere jetzt die vollständigen Ergebnisse der Prüfungen des Bundesgesundheitsamts sowie der Strahlenschutzkommission vor?
21. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)	Wann ist mit einer endgültigen Stellungnahme der Bundesregierung zu rechnen?
22. Abgeordneter **Wende** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherige Entwicklung der Trainerakademie in Köln, und welche weiteren Ziele müssen nach Auffassung der Bundesregierung in absehbarer Zeit angestrebt werden?
23. Abgeordneter **Wende** (SPD)	Mit welchen Ergebnissen endete der erste — 1974 begonnene — Ausbildungslehrgang an der Trainerakademie, und wie beurteilt die Bundesregierung die künftigen Arbeitsmöglichkeiten für die Absolventen?
24. Abgeordneter **Büchner** (SPD)	Ist nach Kenntnis der Bundesregierung sichergestellt, daß die den Absolventen der Trainerakademie in Köln durch das Land Nordrhein-Westfalen ausgesprochene Anerkennung „Staatlich geprüfter Trainer" auch bundesweit gleichrangig behandelt wird?
25. Abgeordneter **Büchner** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein besonderer Titel/Diplom des Deutschen Sportbundes zu einer angemessenen sozialen und besoldungsrechtlichen Absicherung der Akademieabsolventen beitragen kann?
26. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)	Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Umfang und Auftrag der von der DKP eingesetzten sogenannten Arbeiterkorrespondenten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

27. Abgeordneter **Coppik** (SPD)

Muß der Aussage des Generalbundesanwalts Buback im „Spiegel"-Gespräch vom 16. Februar 1976, in dem er eine neue gesetzliche Zuständigkeitsregelung als überflüssig ablehnte, weil der Staatsschutz von Leuten wahrgenommen werde, die sich dafür engagieren und solche Leute immer einen Weg fänden, entnommen werden, daß die Staatsschutzbehörden in der Vergangenheit Maßnahmen unter Mißachtung ihrer Bindung an Recht und Gesetz getroffen haben, und was wird die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen unternehmen?

28. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Gegen wie viele Personen wurden seit 1. Januar 1975 bis heute wegen Verdachts der Spionage für die DDR oder für andere kommunistische Staaten durch Behörden der Bundesrepublik Deutschland Ermittlungsverfahren eingeleitet?

29. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Ist die Bundesregierung nunmehr bereit, meine noch unbeantworteten Anfragen zum Merex-Strafverfahren zu beantworten, nachdem die schriftliche Urteilsbegründung vorliegt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

30. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Berliner Innungskrankenkassen (gestützt auf den Bescheid des Bundesfinanzministers vom 18. April 1960) insoweit ungleich behandelt werden, als die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) Berlin die zeitweise über dem „durchschnittlichen allgemeinen Beitragssatz der AOK im sonstigen Geltungsbereich des Gesetzes" im Sinne des § 17 SKAG Berlin vom 26. Dezember 1957 liegenden Beitragsanteile ohne Kürzung der „erforderlichen Zuschußbeträge" ihrem Vermögen bzw. Rückstellungen zuführen können, so daß sie für Zeiten, in denen ihr Beitragssatz unter dem „durchschnittlichen allgemeinen Beitragssatz der AOK" liegt, den Differenzbetrag aus den vorher angesammelten Vermögensrückstellungen entnehmen, die Innungskrankenkassen dies jedoch nicht können?

31. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine Gleichbehandlung aller für Berlin (West) zuständigen gesetzlichen Krankenkassen zu gewährleisten?

32. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß die Versagung des Betriebsausgabenabzugs für Beiträge des Arbeitgeberehegatten für eine Direktversicherung des Arbeitnehmerehegatten im Rahmen von steuerlich anzuerkennenden Arbeitsverhältnissen, wenn im Todesfall des Arbeitnehmerehegatten der Arbeitgeberehegatte oder die gemeinsamen Kinder bezugsberechtigt sind, nicht mit den Verfassungsnormen in Einklang steht und auch nicht aus dem Bundesfinanzhof-Urteil vom 20. April 1972 — IV R 176/68 (Bundessteuerblatt 1972 II S. 538) hergeleitet werden kann, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie aus dieser Auffassung ziehen?

33. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)

Wie vereinbart die Bundesregierung eine gegebenenfalls abweichende Auffassung mit dem vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Grundsatz, daß ernsthaft gewollte und durchgeführte Vereinbarungen über Zukunftssicherungsleistungen des Arbeitgeberehegatten für den Arbeitnehmerehegatten auch steuerlich zu beachten sind, und warum hat die Bundesregierung ihre ursprüngliche Absicht, in den genannten Fällen den Betriebsausgabenabzug anzuerkennen (vgl. Schnellbrief des Bundesfinanzministers an die Länderfinanzminister -senatoren vom 23. September 1975 - IV B 1 - S 2176-155/76 -), aufgegeben?

34. Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)

Welche der im Rechnungsjahr 1975 entstandenen Minderausgaben gegenüber den Ansätzen des Bundeshaushaltsplans 1975 sind aus welchen Gründen einmaliger Natur, rechtfertigen also nicht die Herabsetzung der Ansätze im Regierungsentwurf des Bundeshaushaltsplans 1976 und/oder im Finanzplan für die Jahre 1975 bis 1979?

35. Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)

Inwieweit und aus welchen Gründen lassen sich gegenüber dem Regierungsentwurf des Bundeshaushaltsplans 1976 und/oder gegenüber den Ansätzen des Finanzplans für die Jahre bis 1979 Herabsetzungen bei den Ausgabeansätzen für die Ausbildungsförderung im Einzelnen rechtfertigen?

36. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

Inwieweit und aus welchen Gründen lassen sich gegenüber dem Regierungsentwurf des Bundeshaushaltplans 1976 und/oder gegenüber den Ansätzen des Finanzplans für die Jahre bis 1979 Herabsetzungen bei den Ausgabeansätzen für die knappschaftliche Rentenversicherung rechtfertigen?

37. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

Inwieweit und aus welchen Gründen lassen sich gegenüber dem Regierungsentwurf des Bundeshaushaltsplans 1976 und/oder gegenüber den Ansätzen des Finanzplans für die Jahre bis 1979 Herabsetzungen bei den Ausgabeansätzen für die Kriegsopferversorgung und -fürsorge rechtfertigen?

38. Abgeordneter **Möller (Lübeck)** (CDU/CSU)

Inwieweit und aus welchen Gründen lassen sich gegenüber dem Regierungsentwurf des Bundeshaushaltsplans 1976 und/oder gegenüber den Ansätzen des Finanzplans für die Jahre bis 1979 Herabsetzungen bei den Ausgabeansätzen für die Krankenhausfinanzierung rechtfertigen?

39. Abgeordneter **Möller (Lübeck)** (CDU/CSU)

Inwieweit und aus welchen Gründen lassen sich gegenüber dem Regierungsentwurf des Bundeshaushaltsplans 1976 und/oder gegenüber den Ansätzen des Finanzplans für die Jahre bis 1979 Herabsetzungen bei den Ausgabeansätzen für die Wohnungsbauprämien rechtfertigen?

40. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Von welchen Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen für den Jahresdurchschnitt 1975 ging die Bundesregierung bei der Vorlage des Nachtragshaushalts 1975 aus, und wie hoch waren die Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen wirklich im Jahresdurchschnitt 1975?

41. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Von welchen Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen ist bei der Bemessung der Liquiditätszuschüsse im Regierungsentwurf des Bundeshaushaltsplans 1976 und bei der Vorausschätzung der voraussichtlichen Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit für 1976 durch den Verwaltungsrat am 26. November 1975 ausgegangen worden?

42. Abgeordneter **Leicht** (CDU/CSU)

Wie hoch war der Bilanzgewinn der Deutschen Bundesbank (gegebenenfalls Schätzung) im Jahr 1975 vor und nach Tilgung der Bilanzverluste aus den Vorjahren?

43. Abgeordneter **Leicht** (CDU/CSU)

Mit welchen Gewinnabführungen der Deutschen Bundesbank an den Bundeshaushalt ist im Regierungsentwurf des Haushaltsplans 1976 und im Finanzplan für die einzelnen Jahre bis 1979 gerechnet, und inwieweit können aus heutiger Sicht insoweit Mehreinnahmen in den Jahren bis 1979 erwartet werden?

44. Abgeordneter **Dr. Sprung** (CDU/CSU)

Wie gliedern sich die in 1975 brutto aufgenommenen Kredite nach Fälligkeiten auf, d. h. in welcher Höhe wurden Kredite mit bis zu einjähriger Laufzeit, mit bis zu zweijähriger Laufzeit, bis zu dreijähriger Laufzeit, bis zu vierjähriger Laufzeit und bis zu mehr als vierjähriger Laufzeit aufgenommen?

45. Abgeordneter **Dr. Sprung** (CDU/CSU)

In welcher Höhe werden im Jahr 1975 aufgenommene Kredite (brutto) bzw. vorher aufgenommene Kredite im Jahr 1976 vor und nach dem 1. Oktober zur Rückzahlung fällig?

46. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Was sind „langfristige Schulden" im Sinne des Kreditfinanzierungsplans 1976 (Gesamtplan Teil III des Regierungsentwurfs eines Bundeshaushaltsplans 1976), und wie erklärt sich der starke Anstieg des Tilgungsbedarfs „langfristiger Schulden" im Jahr 1976 (11 Milliarden DM) sowohl gegenüber dem Vorjahr (Soll 5,7 Milliarden DM) wie auch gegenüber den Ansätzen des letzten Finanzplans für das Jahr 1976 (5,8 Milliarden DM)?

47. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Inwiefern glaubt die Bundesregierung, daß detaillierte Angaben, in welchen Monaten des Jahrs 1976 welche Kreditbeträge zur Rückzahlung fällig werden, die Verhandlungsposition der Bundesregierung am Markt möglicherweise erschweren und damit zu höheren, vom Steuerzahler zu tragenden Kreditbeschaffungskosten führen könnten, wie in der Antwort auf die Kleine Anfrage betr. Neuverschuldung des Bundes 1975 und Auswirkungen auf die Folgejahre vom 11. Februar 1976 (Drucksache 7/4735) angegeben, und glaubt die Bundesregierung wirklich, daß den in Betracht kommenden Banken und Kapitalsammelstellen die Konditionen der Bundeskredite im wesentlichen nicht bekannt seien?

48. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Wie hoch sind per 31. Dezember 1975 die Forderungen der Rentenversicherungsträger gegenüber dem Bund auf Grund der Kreditierung von Teilen der Bundeszuschüsse in der Vergangenheit (Aufschieben von Fälligkeiten) im Wege der „Stundung" oder gegen Gewährung von Schuldbuchforderungen oder Schuldurkunden, und wann werden diese fällig?

49. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

In welcher Höhe rechnet die Bundesregierung damit, den Trägern der Rentenversicherung im Hinblick auf die von der Deutschen Bundesbank und anderen Stellen bereits für das 2. Halbjahr 1976 befürchteten Liquiditätsschwierigkeiten Liquiditätshilfen z. B. durch vorzeitige Fälligstellung dieser Forderungen gewähren zu müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

50. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung den Mittelstandstitel des Bundeswirtschaftsministeriums für 1976 in Höhe von 32,788 Millionen DM für ausreichend, und ist angesichts einer Erhöhung von lediglich 0,741 Millionen DM dieses Haushaltstitels real ein Abbau der Gewerbeförderung zu befürchten?

51. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Abonnentenwerbung von Zeitungsverlagen, bei der z. B. für ein Ein-Jahresabonnement vielfältige Prämien in einem Wert von 60 DM bis 80 DM gewährt werden, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, den Zeitungsverlagen dadurch zu helfen, daß die Abonnentenwerbung durch gesetzliche oder kartellrechtliche Maßnahmen für alle Verlage gleichmäßig unterbunden wird?

52. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit liegen der Bundesregierung Berichte darüber vor, daß Unternehmen nach den gesetzlichen Bestimmungen Zuschüsse des Bundes für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Anspruch nehmen und nach abgeschlossener Investition Zweigwerke ganz oder teilweise stillegen und auf diese Weise de facto keine neuen Arbeitsplätze schaffen, und welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

53. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, bei Inanspruchnahme von Förderungsmittel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze Auflagen zu machen oder doch zumindest darauf zu dringen, daß es sich tatsächlich um die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze handelt und nicht durch Stillegungen von Zweigwerken die vorgegebene Absicht ins Gegenteil bewirkt wird?

54. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Fällt der Verkauf von Kriegswaffen deutscher Firmen an Drittländer auch bei Verlagerung der Produktionsstätten für diese Waffen ins Ausland unter die Exportrestriktionen des Kriegswaffenkontrollgesetzes?

55. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Bedarf die Lieferung von G-3-Gewehren, die in Lizenz in Thailand gebaut werden, nach Chile einer Genehmigung der Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

56. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die derzeitig geltenden Grundsätze im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" im Bereich der „Förderung wasserwirtschaftlicher und kulturbautechnischer Maßnahmen" beizubehalten und sich für die Weitergewährung der Mittel zur Finanzierung von Vorhaben zur Beseitigung naturgegebener Nachteile für Boden und Pflanze einzusetzen (Nummer 1.2 der Förderungsgrundsätze)?

57. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Aus welchem Grund hat gerade die Bundesregierung die Belastung der Milcherzeuger für die Überschußverwertung des Magermilchpulvers im Ministerrat in Brüssel gefordert, und mit welchen Argumenten haben die anderen acht Mitgliedstaaten der EG diese Forderung abgelehnt?

58. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wie ist der Stand der Agrarverhandlungen im Ministerrat in Brüssel, und welchen Standpunkt hat die Bundesregierung bei diesen Verhandlungen vertreten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

59. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit Umsiedlern aus den polnisch-besetzten Gebieten bei der späteren Rentenberechnung Zeiten ohne Arbeitseinkommen nicht verlorengehen, die dadurch entstanden sind, daß bei der Stellung des Ausreiseantrags die Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis erfolgte?

60. Abgeordneter **Maucher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß in Fällen, wo durch einen Berufsunfall im Augenblick geringfügige Beschädigungen entstehen, die sich aber später erheblich stärker auswirken, durch die Fristversäumnis der Anspruch nach einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr geltend gemacht werden kann, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen, in dem diese Härte beseitigt wird?

61. Abgeordneter **Härzschel** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen die Polenverträge durch geringfügige technische Änderungen hätten so gestaltet werden können, daß sie nicht der Zustimmung des Bundesrates bedürften?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

62. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Mit welcher Begründung führt der Bundesverteidigungsminister für die ausscheidenden Wehrpflichtigen bei der Ausstellung der Dienstzeugnisse auf der Rückseite die entsprechenden Notenerläuterungen ein?

63. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Hat der Bundesverteidigungsminister inzwischen das Uniformtragen für die an den Bundeswehrfachschulen lernenden Soldaten überprüft?

64. Abgeordneter **Berger** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung meiner Auffassung zu, daß die Kürzungen der Berufsförderung für Soldaten auf Zeit durch das Haushaltsstrukturgesetz bei verfassungskonformer Auslegung nicht für die Fälle gelten können, in denen bereits durch schriftliche amtliche Auskünfte oder Bestätigungen ein Vertrauenstatbestand geschaffen worden ist, und wenn ja, wird sie dieser Auffassung Geltung verschaffen?

65. Abgeordneter **Berger** (CDU/CSU)

Falls nein, teilt die Bundesregierung wenigstens meine Meinung, daß die Streichung oder wesentliche Kürzung einer bereits schriftlich in Aussicht gestellten Berufsförderung (z. B. Freistellung zum Studium oder zu einer sonstigen Ausbildung) einen ganz ungewöhnlichen Eingriff in rechtlich begründete Erwartungen und Dispositionen der Betroffenen darstellen würde, und welche Möglichkeiten sieht sie, wenigstens den im Jahr 1976 nach bisherigem Recht zur Berufsförderung freizustellenden Soldaten auf Zeit die Freistellung noch zu gewähren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

66. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, die Verkehrssicherheit, insbesondere für Kinder sowie ältere und gebrechliche Menschen, in Wohngebieten dadurch zu erhöhen, daß auf den Fahrbahnen geschwindigkeitshindernde Bodenschwellen in beiden Fahrtrichtungen so versetzt aufgetragen werden, daß Notfallfahrzeuge auch bei höheren Fahrgeschwindigkeiten den Bodenschwellen ausweichen können?

67. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, in entsprechenden Großversuchen innerhalb von Wohngebieten eine solche Maßnahme zu erproben, und welche wirkungsvollen ergänzenden oder alternativen Möglichkeiten zur Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit (auch auf Grund ausländischer Erfahrungen) wird sie in Erwägung ziehen?

68. Abgeordneter **Zoglmann** (CDU/CSU)

Wie ist die Bundesregierung imstande, die Aufteilung der Kosten für die Erneuerung der Autobahn Berlin—Helmstedt zwischen ihr und Ost-Berlin als sachlich gerechtfertigt zu bezeichnen, wenn ihr nach ihrer eigenen Aussage (Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr auf meine Frage A 78, Stenographischer Bericht

Seite 15 426) keine Angaben über den Teil des Verkehrs auf dem Autobahnabschnitt Berlin—Helmstedt, der die beiden in der Antwort genannten Übergangsstellen nicht berührt, vorliegen?

69. Abgeordneter **Zoglmann** (CDU/CSU)

Welche Versuche hat die Bundesregierung unternommen, um sich über das Verkehrsaufkommen auf der Autobahn Berlin—Helmstedt innerhalb des Ostberliner Herrschaftsbereichs Gewißheit zu verschaffen, und falls sie es nicht versucht hat, warum hat sie es unterlassen?

70. Abgeordneter **Schmidt (Niederselters)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesrechnungshofs, daß der Neubau einer Schule für den Nachwuchs der Bundesanstalt für Flugsicherung nicht notwendig sei, und wenn ja, wie soll die Personalfrage gelöst werden unter dem Aspekt, daß von 1985 bis 1993 wegen der neuen Altersregelung ca. 100 Fluglotsen pro Jahr die Bundesanstalt verlassen?

71. Abgeordneter **Schmidt (Niederselters)** (SPD)

Wie soll der Lehrbetrieb, der zur Zeit in München an drei verschiedenen Stellen durchgeführt wird, aufrechterhalten werden, wenn es nicht zu dem Bau der Schule kommt, und was soll mit dem 17 ha großen Gelände geschehen, das die Bundesanstalt für Flugsicherung im Auftrag der Bundesregierung in Langen bei Frankfurt erworben hat?

72. Abgeordneter **Dr. Kraske** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn im Bereich der Bundesbahndirektion Essen von 18 Bauzeichnerauszubildenden nach erfolgreichem Abschluß der 2½jährigen Ausbildung sieben als ungelernte Arbeiter übernommen und den übrigen elf mitgeteilt hat, eine Weiterbeschäftigung bei der Deutschen Bundesbahn nach der Abschlußprüfung sei nicht möglich, und wenn ja, wie rechtfertigt die Bundesregierung diese Maßnahme?

73. Abgeordneter **Dr. Kraske** (CDU/CSU)

Wieviel ähnliche Fälle aus dem Bereich der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost sind der Bundesregierung bekannt, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um im Bereich der beiden großen Bundesunternehmen dem weiteren Anwachsen der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken?

74. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Welche Mitgliedstaaten des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „Eurocontrol" vom 13. Dezember 1960 haben die Bundesregierung daran gehindert, Eurocontrol Karlsruhe nach den Vorstellungen der Bundesregierung im Rahmen von „Eurocontrol" auszubauen und zu betreiben?

75. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Ist die Unruhe bei Eurocontrol in Karlsruhe dadurch entstanden, daß klare Entscheidungen verzögert wurden, und wenn ja, wie will die Bundesregierung dieser Unruhe begegnen?

76. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein wesentlicher Grund für den hohen Anteil der Kraftfahrzeuge mit erheblichen Mängeln in der Tatsache zu sehen ist, daß zu viele Instandsetzungsarbeiten, die für die Verkehrssicherheit der Fahrzeuge wesentlich sind, nicht fachmännisch ausgeführt werden, und wird sie durch gesetzliche Maßnahmen sicherstellen, daß Instandsetzungsarbeiten an Kraftfahrzeugen, die deren Verkehrssicherheit betreffen und zu deren Ausführung besondere Fachkunde erforderlich ist, nur von einem Fachbetrieb des Kraftfahrzeughandwerks durchgeführt werden dürfen?

77. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der öffentlichen Diskussion über den „Ergebnisbericht des DB-Vorstands zum betriebswirtschaftlich optimalen Netz" in Teilen der Bundesrepublik Deutschland von „Informationen" gesprochen wird, wonach das volkswirtschaftlich notwendige Schienennetz das „betriebswirtschaftlich optimale Netz" um nur 1000 km übersteigen soll, und gibt es Äußerungen oder Verhaltensweisen der Bundesregierung, die zu derartigen Aussagen begründeten Anlaß geben?

78. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob aus strukturpolitischen Gründen bei der Einteilung der Nahverkehrsbereiche im Fernsprechverkehr im Zonenrandgebiet und anderen ländlichen Fördergebieten vom starren 20-km-Radius abgegangen werden kann und statt dessen wirtschaftliche, verflechtungs- und verwaltungsmäßige Zuständigkeitsbereiche zur Grundlage für die Abgrenzung dieser Nahverkehrsbereiche genommen werden sollten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

79. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Wann hat der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen das den „DDR-1976-Kalender" des Gesamtdeutschen Instituts betreffende Fernschreiben des Bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus dem Präsidenten des Gesamtdeutschen Instituts zugeleitet, bzw. wann ist das weitergeleitete Fernschreiben beim Gesamtdeutschen Institut eingegangen, und wann hat es dessen Präsident, bzw. dessen Vertreter im Amt, zur Kenntnis genommen?

80. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Wie hat die Bundesregierung im einzelnen zu dem Inhalt des Fernschreibens Stellung genommen, und welche Erwägungen waren dafür maßgebend?

81. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung das Inkrafttreten des Internationalen Paktes der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte am 23. März zum Anlaß nehmen, um mit der Regierung der DDR Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, daß die in Artikel 2 dieses Paktes vorgeschriebene Transformation seiner Menschenrechtsbestimmungen in innerstaatliches Recht seitens der DDR tatsächlich vorgenommen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

82. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Welches Ergebnis haben die seit 1967 zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Bundesinnenministerium und der amerikanischen Botschaft geführten Besprechungen über den amerikanischen Vorschlag, das Document Center in Berlin, das wichtige Dokumente aus der Zeit des Nationalsozialismus enthält, in deutsche Verwaltung zu übergeben, bis heute gehabt?

83. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung die Verhandlungen mit der Regierung der USA wieder aufnehmen, um das Berliner Document Center endlich in deutsche Verwaltung zu übernehmen?

84. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die Bemühungen Deutscher aus Rumänien bekannt, die ihr Anliegen auf Familienzusammenführung mit ihren Angehörigen, die heute noch in Rumänien leben, und das bereits seit Jahren läuft, durch Sitz- und Hungerstreikdemonstrationen in Köln, Hannover und München unterstrichen haben, und welche Schritte hat die Bundesregierung gegebenenfalls unternommen, um diese besonderen Härtefälle lösen zu helfen?

85. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Sowjetunion und weitere Mitglieder des Warschauer Pakts die Eisschnellaufweltmeisterschaften in Berlin boykottieren und damit noch während der Olympischen Winterspiele gemachte Zusagen brechen, und wie nimmt — bejahendenfalls — die Bundesregierung zu diesem weiteren Versuch Moskaus Stellung, das Land Berlin unter Bruch des Vier-Mächte-Abkommens als selbständige politische Einheit zu behandeln?

86. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang sind Rentner bei der Einreise in Ostbockstaaten von dem Zwangsumtausch befreit, und sind der Bundesregierung gegebenfalls Fälle bekannt, wonach Befreiungen nicht mehr gewährt werden?

87. Abegordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung in Ansehung der Absicherung wirtschaftlicher Interessen in Südostasien für erforderlich, die bereits paraphierten Abkommen mit Indonesien und Malaysia zur Vermeidung von Doppelbesteuerung möglichst bald zu ratifizieren?

88. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Von welchen zeitlichen und sachlichen Vorstellungen läßt sich die Bundesregierung bei der Behandlung der bereits paraphierten Verträge mit Indonesien und Malaysia leiten?

89. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß — wie die Zeitschrift „Der Spiegel" in der Ausgabe vom 2. Februar 1976 meldete — während der Verhandlungen über den Moskauer Vertrag von 1970 Funktionäre einer ausländischen kommunistischen Partei als „Kuriere" zwischen dem Kanzleramt und dem Kreml dienten?

90. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Welcher Art waren gegebenenfalls die im „Spiegel" als „Kurierdienste" umschriebenen Aufgaben, und wie wurden sie des Näheren abgewickelt?

91. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben das Auswärtige Amt veranlaßt, in § 2 Nr. 1 der vom Bundesminister des Auswärtigen unterschriebenen „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die Ausstellung amtlicher Pässe vom 4. November 1975" (Bundesanzeiger 1975 Nr. 224 S. 1) u. a. den Bundespräsidenten, den Präsidenten und die Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, den Präsidenten des Bundesrates, die Mitglieder der Bundesregierung, die Staatssekretäre der Bundesregierung und die den Mitgliedern der Bundesregierung beigegebenen parlamentarischen Staatssekretäre mit den Ehegatten mit Diplomatenpässen auszustatten, nicht aber den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts und die übrigen Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts, das bekanntlich nach dem Grundgesetz ebenso den Rang eines Verfassungsorgans besitzt, wie Bundespräsident, Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung, und liegt hier ein Versehen oder mehr vor?

92. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben das Auswärtige Amt veranlaßt, nach § 7 Nr. 2 der genannten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift Ehegatten einen amtlichen Paß zu verweigern, „wenn sie einer eigenen Erwerbstätigkeit nachgehen", mit der Folge, daß z. B. die Frau eines Legationsrats an der Botschaft Paris, die erwerbstätig ist,

einen deutschen Reisepaß führt, während ihr Ehemann über einen Diplomatenpaß verfügt, und ist dies mit dem Gleichheitsgrundsatz und dem besonderen Schutz der Ehe nach Artikel 6 Abs. 1 des Grundgesetzes, der auch auf paßrechtlichem Gebiet zu beachten ist, zu vereinbaren?

93. Abgeordneter **Augstein** (SPD)

Trifft ein Fernsehbericht zu, wonach die Bundesrepublik Deutschland für ihr künftiges Botschaftsgebäude in Prag monatlich 80 000 DM an Miete zahlen wird, und wenn ja, aus welchen Gründen ist ein so hoher Aufwand gerechtfertigt?

94. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen werden die Richtlinien für Nuklearexporte der Öffentlichkeit nicht vorgelegt, obwohl doch auch der Atomwaffensperrvertrag allgemein zugänglich ist, und was sind im einzelnen die Gründe der Partner dieser Vereinbarung für die vertrauliche Behandlung dieser Richtlinien?

95. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird der Export von kerntechnischen Anlagen durch die neuen Richtlinien für Nuklearexporte betroffen, und wer kontrolliert die Anwendung dieser Richtlinien in den Ländern der Partnerstaaten, die die Vereinbarung über die Richtlinien für Nuklearexporte getroffen haben?

96. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Zeugen Jehovas nach ihrer erzwungenen Rückkehr aus Mocambique nach Malawi erneut schweren Verfolgungen ausgesetzt sind, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung gegebenenfalls, den verfolgten Zeugen Jehovas durch diplomatische Aktionen Unterstützung zukommen zu lassen?

97. Abgeordneter **Dr. Meinecke (Hamburg)** (SPD)

Hat die Bundesregierung, seit ihrer Auskunft in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 25. Mai 1973 (vgl. 37. Sitzung des Deutschen Bundestages), inzwischen ein zuverlässigeres Bild über Christenverfolgungen in Malawi gewonnen, und hat sich für den deutschen Botschafter in Malawi mittlerweile eine Gelegenheit geboten, der malawischen Regierung die Auffassung der Bundesregierung über die Verletzung von Menschenrechten zum Ausdruck zu bringen?

98. Abgeordneter **Dr. Meinecke (Hamburg)** (SPD)

Wenn die Bundesregierung der Auffassung ist, daß die Handlungsweise der malawischen Regierung eine völkerrechtlich innere Angelegenheit Malawis ist, könnte sie dann gegenüber der dortigen Regierung zum Ausdruck bringen, daß die Einstellung der zwischenstaatlich wirtschaftlichen Beziehungen keine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Malawis bedeuten würde?

99. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

In welchen Verlautbarungen von Vertretern der polnischen Partei- und Staatsführung seit Inkrafttreten des Warschauer Vertrags wird der von der Bundesregierung immer wieder betont verwendete Begriff „Versöhnung" im Zusammenhang mit den Beziehungen der Volksrepublik Polen zur Bundesrepublik Deutschland benützt, und wie lauten die entsprechenden Zitate?

100. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Ist nach Auffassung der Bundesregierung der Passus in der Moskauer Rede von KPdSU-Generalsekretär Breschnew vom 24. Februar 1976, wonach die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR „unter der einzig möglichen Voraussetzung des Verzichts auf die Anmaßung, die bestehenden Grenzen zu verändern, in normale Bahnen kamen", mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Sowjetunion aus dem Moskauer Vertrag und den mit ihm verbundenen völkerrechtlich wirksamen Instrumenten (Brief zur deutschen Einheit, gemeinsame Erklärung von Bundestag und Bundesrat, Notenwechsel mit den drei Westmächten) vereinbar, und wenn nicht, welche rechtswahrenden Schritte gedenkt die Bundesregierung gegenüber der Sowjetunion zu unternehmen?

101. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, ein Sprecher der Bundesregierung habe im Zusammenhang mit Bedenken gegen eine Sitzung des Präsidiums und des Ältestenrats des Bundestages in dessen Berliner Amtssitz geäußert, die Bundesregierung werde das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin nicht interpretieren, und wenn ja, wie vereinbart sie diese Haltung mit dem Kommuniqué, das sie zusammen mit dem sowjetischen KP-Chef bei dessen Besuch in Bonn veröffentlicht hat, das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin strikt einzuhalten und voll anzuwenden?

102. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, eine Sitzung von Präsidium und Ältestenrat des Bundestages in dessen Berliner Amtssitz würde den Rahmen einer vollen Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens überschreiten, und hat sie, wenn das nicht der Fall ist, in ihren Kontakten mit den westlichen Schutzmächten ihre Auffassung mit Nachdruck vertreten?

103. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der polnische Außenminister Olszowski Ende 1973 die Ausreise von mindestens 150 000 Deutschen binnen drei Jahren, jedoch im Zusammenhang mit der Zahlung höherer deutscher Summen, versprochen sowie als berechtigt bezeichnet hat und daß deshalb die Reduzierung der Zahlen der Ausreisebewerber nur auf Täuschungen oder Zwangsmaßnahmen zurückgeführt werden kann?

104. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Hat der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der letzten Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf, die sich mit Empfehlungen zur Durchsetzung der Menschenrechte in allen Teilen der Welt befaßte, zum Schutz der 1 Millionen Deutschen Empfehlungen an den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen zwecks Beseitigung der Versagung eines Teils ihrer Menschenrechte vorgeschlagen oder in der Generaldebatte das Augenmerk der Kommission eindringlich auf die teilweise menschenrechtswidrige Behandlung Deutscher in den Oder-Neiße-Gebieten gelenkt und im Rahmen der Themen der Tagung auf die fehlende Anwendung des Selbstbestimmungsrechts für die aus ihrer Heimat vertriebenen und für die in der Heimat verbliebenen verfolgten Deutschen hingewiesen?

105. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß zwanzig Prozent, nach anderen Angaben dreißig Prozent, der Aussiedler mit dem polnischen Paß hier eintreffen, also aus der polnischen Staatsangehörigkeit noch nicht entlassen sind, und kann sie dem Bericht in der Zeitung „Die Welt" vom 29. Februar 1976 zustimmen, daß die Aussiedler „sicherheitshalber ihren polnischen Paß behielten"?

106. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Deutsche in Rumänien, die sich zur Aussiedlung entschlossen haben, vielfach vor der Tatsache kapitulieren müssen, daß ihnen keine Antragsformulare ausgehändigt werden, und gedenkt die Bundesregierung nach Kenntnis dieser Tatsache unter Hinweis auf die KSZE-Schlußakte von Helsinki in Verhandlungen mit der rumänischen Regierung einzutreten?

107. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

In welcher Weise hat die Bundesregierung zu der Behauptung des Generalsekretärs der KPdSU, Breschnew, Stellung genommen, das Verhältnis zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland habe sich normalisiert, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine echte Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für das ganze deutsche Volk seitens der Moskauer Regierung voraussetzt?

108. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Italien fast zur gleichen Zeit als es einen neuen Stützungskredit in Milliardenhöhe brauchte, durch den Staatskonzern ENI dem westlichen Bündnis dadurch in den

Rücken fiel, daß es der sowjetkommunistischen Bürgerkriegspartei in Angola Erdöl-Royalties in Höhe von 400 Millionen Dollar zugestand, die die USA verweigert hatten, und welche Folgen hat — bejahendenfalls — dies Verhalten für die Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft und im Nordatlantischen Bündnis?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Respektiert die Bundesregierung für ihren Verantwortungsbereich die Feststellungen des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen, denenzufolge es nicht zulässig sei „auf Kosten des Etats gedrucktes regierungsamtliches Material für den Wahlkampf zu benutzen, da dadurch der Grundsatz der Chancengleichheit verletzt werde", und ist die Bundesregierung willens, angesichts der prinzipiellen verfassungs- und haushaltsrechtlichen Vorwürfe des nordrhein-westfälischen Rechnungshofs sich in diesem Jahr entsprechend zu verhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

2. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, wie viele von den an Schulen im polnischen Herrschaftsbereich deutsch lernenden Schülern die deutsche Staatsangehörigkeit haben, und in welchem Verhältnis steht diese Zahl zur Gesamtzahl der Schüler deutscher Staatsangehörigkeit — verglichen mit den entsprechenden Zahlen für die Schüler ausschließlich polnischer Staatsangehörigkeit?

3. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wann und in welchem Umfang wird die Bundesregierung eine Erklärung gemäß Artikel 36 Abs. 2 des Statuts des Internationalen Gerichthofs abgeben?

4. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Welche finanziellen Zuwendungen hat die Bundesregierung oder von ihr abhängige Institutionen seit 1969 an die Volksrepublik Polen gewährt, und welche Zahlungen erfolgten insbesondere im Jahr 1975 und 1976 mit genauer Angabe der Summen und des Datums der Überweisung?

5. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach bei Personalveränderungen bei den Deutschen Botschaften Landes- und Sprachkenntnissen weniger Bedeutung zugemessen wird als z. B. dem Prinzip, Auslandsbeamte nur eine begrenzte Zahl von Jahren in kommunistischen Ländern zu belassen?

6. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Verhältnisse hinsichtlich der Südostasienwissenschaft auf dem Hintergrund des im Auftrag des Instituts für Asienkunde, Hamburg, erstellten Berichts zu verbessern, und wird insbesondere das Institut für Asienkunde, Hamburg, noch vom Bund gefördert?

7. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um das Eigentum deutscher Staatsbürger in Portugal zu schützen, bzw. welche Entschädigungsvorstellungen für enteignete Vermögen bestehen in Portugal bzw. bei der Bundesregierung, nachdem in Portugal von deutschen Staatsbürgern erworbene und als Musterbetriebe geführte landwirtschaftliche Betriebe willkürlich besetzt, die Verwaltung verjagt und die Ernte ohne Entgelt abgeführt wurde?

8. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, der portugiesischen Regierung mitzuteilen, daß die Förderung wirtschaftlicher Projekte in Portugal von uns nur erfolgen wird, wenn das Eigentum deutscher Staatsbürger zurückgegeben wird bzw. eine Entschädigung im Kauf- und Investitionswert erfolgt?

9. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung Meldungen über die Verfolgung der Zeugen Jehovas in Malawi, und wird sie sowohl durch ihren dortigen Botschafter die deutsche Auffassung hierzu zum Ausdruck bringen, als auch in den Vereinten Nationen geeignete Schritte einleiten, um die Angelegenheit zur Sprache zu bringen?

10. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Welche Schwierigkeiten bestehen festzustellen, wer von den unter polnischer Herrschaft lebenden Menschen deutscher Staatsangehöriger ist, und wie verfährt die Bundesregierung in dieser Frage?

11. Abgeordneter **Roser** (CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung, daß die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft zur gleichen Zeit, als sie ein Konzept über ihre politische Haltung zu den Problemen im südlichen Teil Afrikas verabschiedeten, nicht fähig waren, in der Frage der Anerkennung der erfolgreichen Bürgerkriegspartei in Angola einvernehmlich und gleichzeitig zu handeln, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, in Zukunft zu einem gemeinsamen Auftreten zu gelangen?

12. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

In welchem Umfang, aus welchen Fonds und auf welchen Wegen hat die Bundesregierung gegebenenfalls direkt oder indirekt zur Finanzierung des schwarzafrikanischen Guerilla-Verbandes SWAPO (South West Africa People's Organization) beigetragen, der sich nach

eigenen Ausagen die „Befreiung Südwestafrikas von weißer Kolonialherrschaft — soweit erforderlich mit Gewalt und Terror" zum Ziel gesetzt hat und deren Sekretär Garoib auf dem 25. Kongreß der KPdSU namens seiner Organisation erklärte, „die Unterstützung und Solidarität der Sowjetunion sowie der anderen sozialistischen Länder — für die SWAPO — mache den endgültigen Zusammenbruch des Rassenregimes nur zu einer Frage der Zeit"?

13. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Ankündigung deutscher Finanzhilfe durch den Vertreter der Bundesrepublik Deutschland vom 22. Oktober 1975 im zuständigen UNO-Ausschuß der SWAPO zugutekommt, und wenn ja in welchem DM-Umfange in den Jahren 1975 und 1976?

14. Abgeordneter **Dr. Kliesing** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die SWAPO deutsche Finanzhilfe erhält, und wenn ja, wie erfolgt die Kontrolle dieser Mittel, und wie ist dabei insbesondere gesichert, daß die Verwendung nur für solche Ziele erfolgt, die mit den humanitären, menschenrechtskonformen und gewaltfreien Kriterien der deutschen Außenpolitik übereinstimmen?

15. Abgeordneter **Dr. Kliesing** (CDU/CSU)

Welche organisatorischen, politischen und ideologischen Verbindungen bestehen zwischen der SWAPO, der angolanischen MPLA und deren Förderern aus dem sozialistischen Lager?

16. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Repräsentativität und Legitimität der in Windhuk etablierten Verfassungskonferenz, die nach eigener Aussage auf der Grundlage des Prinzips der Rassengleichheit und in Übereinstimmung mit den durch die UNO verbrieften Menschenrechten für den Weg Südwestafrikas in die Unabhängigkeit eine evolutionäre Lösung anstrebt?

17. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung im Lichte der jüngsten Entwicklung in Angola sowie des mit anderen kommunistischen Parteien gleichberechtigten Auftretens der SWAPO auf dem 25. Kongreß der KPdSU demgegenüber die Repräsentativität, Legitimität und Zielsetzung der SWAPO?

18. Abgeordneter **Dr. Ritgen** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung im Lichte der jüngsten Entwicklung in Angola, im angolanisch-südwestafrikanischen Grenzgebiet sowie auf dem 25. Parteikongreß der KPdSU die Bedeutung und die Haltung der SWAPO?

19. Abgeordneter **Dr. Ritgen** (CDU/CSU)

Welche Entwicklung hat die Haltung Sambias zur SWAPO in den letzten Monaten genommen?

20. Abgeordneter **Dr. Wallmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung direkt oder indirekt die SWAPO unterstützt, und wenn ja, wie vereinbart sie dies mit ihrer Schutzpflicht für die in Südwestafrika lebenden Deutschen, denen die SWAPO — ebenso wie der übrigen weißen Bevölkerung Südwestafrikas — die Aberkennung des Rechts auf Heimat, die Vertreibung oder gar die physische Ausrottung androht?

21. Abgeordneter **Dr. Wallmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung gewillt oder bereit, den bisherigen und möglichen künftigen Opfern von Gewalttaten der SWAPO in Südwestafrika humanitäre Hilfe zu leisten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

22. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung Schritte unternehmen, um in den Ländern der EG, die die Sommerzeit eingeführt haben oder einführen werden, den Vorschlag der Kommission der EG an den Rat durchzusetzen, den Termin des Beginns der Sommerzeit in den jeweiligen Ländern zu harmonisieren?

23. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Einführung der Sommerzeit in Belgien für sinnvoll und nützlich im Hinblick auf die Errichtung einer EUREGIO im Bereich des Grenzgebiets von Belgien-Deutschland-Niederlande, und was will sie tun, um bei der Errichtung der geplanten EUREGIO eine Harmonisierung bzw. den Wegfall der Zeitgrenze in diesem Bereich zu erreichen?

24. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Beseitigung der Nachteile, die sich für Personen, die auf Grund der Änderungen der 4. Novelle zum G 131 erstmals Versorgungsansprüche geltend machen konnten, aus der Versäumnis der Anmeldefrist für Kriegsunfälle (§ 181 a BBG) und Unfälle in Kriegsgefangenschaft (§ 181 b BBG) ergeben, und ist die Bundesregierung bereit, sich im Rahmen der ihr gegebenen Möglichkeiten für eine extensive Auslegung der hier einschlägigen Gesetze vor allem in solchen Fällen einzusetzen, in denen unter Berücksichtigung der Gesamtumstände des Einzelfalls die Rechtsunkenntnis von dem Berechtigten nicht zu vertreten ist?

25. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die auch in dem Härtebericht des Bundesinnenministers zum G 131 vom 10. Februar 1971 anerkannten Nachteile aus versäumten Unfallmeldefristen im Rahmen der durch die

Entschließung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 27. März 1974 veranlaßten Prüfung in der Weise zu berücksichtigen sind, wie dies in den „Erwägungen" des Härteberichts zum Ausdruck gebracht ist?

26. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch, daß sie am 28. Januar 1976 auf meine entsprechende mündliche Anfrage zur Verwendung von Namensabkürzungen (sog. Match-Codes), z. B. beim Gebühreneinzug durch die Gebühreneinzugszentrale (GEZ), erklärte, „im Verkehr mit den Teilnehmern tritt aber dieser interne Suchbegriff nicht in Erscheinung", und der Tatsache, daß die GEZ als öffentlich-rechtliche Einrichtung dennoch auch extern eine Namensverstümmelung als sog. Aktenzeichen benutzt?

27. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß auch derartige mit Aktenzeichen umschriebene und mit Kosteneinsparungen begründete Namensverunstaltungen einen unzulässigen Angriff auf das Namensrecht des Bürgers sowie eine Verletzung der Menschenwürde darstellt, und wird sie dafür Sorge tragen, daß derartige Verletzungen in ihrem eigenen Organisationsbereich unterbleiben?

28. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Haben Verhandlungen mit der DDR über einen Anschluß der thüringischen Gemeinde Großensee an die Kläranlage der hessischen Gemeinde Wildeck (Ortsteil Bosserode) stattgefunden, welches Ergebnis hatten sie und wie wird es von der Bundesregierung beurteilt?

29. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Sieht sich die Bundesregierung in der Lage, als vergleichbaren Schritt auf dem Weg zur Verwaltungsvereinfachung und Bürgerfreundlichkeit Maßnahmen entsprechend dem Verhalten des Präsidenten der USA zu ergreifen, der die Regierungsstellen angewiesen haben soll, binnen vier Wochen den Umfang an Formularen und Fragebögen, die die Bürger auszufüllen haben, um mindestens 10% zu verringern, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

30. Abgeordneter **Lenders** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherigen Erfahrungen mit dem Konkurs- und Vergleichsrecht im Hinblick auf die mehrheitliche Ablehnung von Konkursanmeldungen mangels Masse, sowie die unterschiedliche Stellung der Gläubiger (Absonderungs- und Aussonderungsrechte, Masseverbindlichkeiten, Restgläubiger), und beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls eine Novellierung?

31. Abgeordneter **Bühling** (SPD)

Treffen Nachrichten der Presse zu, wonach Schöffen in zunehmendem Maße bei länger andauernden Strafprozessen Schwierigkeiten mit ihrem Arbeitgeber bekommen, ja sogar deshalb entlassen werden, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, solchen unerträglichen Folgen der Ausübung staatsbürgerlicher Ämter einen Riegel vorzuschieben, gegebenenfalls durch Ergänzung der gesetzlichen Bestimmungen?

32. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Auf wen geht die Aufnahme der Empfehlung in den von den bundeseigenen Verlagen vertriebenen Mustermietvertrag 1976 zurück, sich zur Klärung weiterer Fragen an den Deutschen Mieterbund zu wenden, und hält die Bundesregierung die einseitige Hervorhebung nur einer der die Mietvertragsparteien vertretenden Organisationen mit der Zielsetzung des Mustermietvertrags für vereinbar, die Partnerschaft zwischen Mieter und Vermieter zu stärken?

33. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wurde bisher der Mustermietvertrag zu wessen Kosten bezogen, und welchen Anteil haben unter den Beziehern Mieter und Vermieter?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

34. Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen die Bundesregierung die russische Goldmünze „Tscherwonez" als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt hat, obgleich diese Münze in der Sowjetunion gar nicht in Umlauf gebracht wird, und wie stellt die Bundesregierung sich dazu, daß der Sowjetunion durch den Verkauf einerseits eine zusätzliche Devisenquelle eröffnet wird, andererseits der Bundesrepublik Deutschland aber Mehrwertsteuerausfälle möglicherweise von mehr als 1 Million DM entstehen?

35. Abgeordneter **Gnädinger** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Steuerbefreiung von Dieselkraftstoff für Sportschiffe auf den Hoheitsgewässern der Bundesrepublik Deutschland für gerechtfertigt, und da es sich bei den mit Dieselkraftstoffen betriebenen Booten in der Regel um aufwendige Sportfahrzeuge handelt, mit dem Gleichheitsgrundsatz vereinbar, und wenn nein, welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen oder gedenkt sie gegebenfalls in welcher Zeit zu treffen, um dem Grundsatz der Gleichbehandlung Rechnung zu tragen?

36. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesfinanzminister über den Ausbau des Spoykanals noch nicht entschieden hat, und — wenn ja — wovon ist diese Entscheidung abhängig?

37. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung angesichts des Gesetzes betreffend die betriebliche Altersversorgung die Bilanzierungsvorschriften für gerechtfertigt, die erlauben, entsprechende Rückstellungen vorzunehmen, darauf zu verzichten oder sie auch wieder aufzulösen, und welche Erwägungen sind für die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage maßgebend?

38. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Antwort des Schweizerischen Bundesrats auf eine parlamentarische Anfrage ziehen, nach der die Einkünfte aus dem Verkauf der Mehrheitsbeteiligung an der Fichtel & Sachs AG in der Schweiz steuerfrei sind?

39. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, wonach auf Grund einer in Vorbereitung befindlichen Änderung der Allgemeinen Zollordnung seitens des Bundesfinanzministers mit Wirkung vom 1. April 1976 die sogenannten Butterfahrten nach Delfzejl nicht mehr zur Durchführung gelangen werden?

40. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wieviel Stellen bei den amerikanischen Stationierungsstreitkräften in der Bundesrepublik Deutschland sind z. Z. von amerikanischen Arbeitnehmern besetzt worden, die nach den eindeutigen Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts (NTS) den Arbeitnehmern des Aufnahmestaats vorbehalten sind, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen, die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit durch eine Verdrängung deutscher Arbeitnehmer nicht noch weiter ansteigen zu lassen?

41. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Mit welchen Maßnahmen schützt die Bundesregierung die deutschen Alkoholhersteller gegen Dumping, nachdem das Alkoholmonopol in der Bundesrepublik Deutschland durch Gerichtsbeschluß in Luxemburg aufgehoben wurde?

42. Abgeordneter **Dr. Kraske** (CDU/CSU)

Ist der Bundesfinanzminister bereit, der finanziellen Beteiligung des Bundes am Ausbau des Spoykanals zuzustimmen, wenn sich dies nach sachlichen Kriterien empfiehlt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

43. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung ein Rahmenabkommen über industrielle technische und kommerzielle Zusammenarbeit zwischen einem der größten deutschen Unternehmen und dem bulgarischen Staat bekannt, das der Kooperation

und Verstärkung der Maschinenausfuhren aus Bulgarien in die Bundesrepublik Deutschland dient, und was gedenkt sie zu unternehmen, wenn durch die Einfuhren in die Bundesrepublik Deutschland weitere Arbeitsplätze gefährdet werden?

44. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf dem gleichen Wege aus dem Ostblock, besonders aus der DDR, Textilerzeugnisse zu Preisen geliefert werden, die deutsche Unternehmen niemals machen können, und was tut die Bundesregierung, um solche Entwicklungen zu verhindern, die nur geeignet sein können, die Dauerarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken?

45. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Unter welchen Voraussetzungen kann eine Stadt oder eine Gemeinde als Mitort zum Schwerpunktort im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserungen der regionalen Wirtschaftsstruktur erklärt werden?

46. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Wird die Bundesregierung die Empfehlung der EG-Kommission aufgreifen und zu verwirklichen suchen, wonach für größere elektrische Haushaltsgeräte Angaben über ihren Elektrizitätsverbrauch gemacht werden sollen, und welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dieser Empfehlung im Blick auf mögliche Energieeinsparungen, aber auch in Hinsicht auf die Verbraucheraufklärung, bei?

47. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Widerspricht es nicht dem Sinn der europäischen Regionalförderung, wenn die Rückflüsse aus Brüssel in den Haushaltstitel Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalstruktur" eingestellt werden, ohne daß sich dadurch der Betrag erhöht, und wäre es nicht auch für die europäische Integration von Vorteil, wenn besonders förderungswürdige Objekte in regionalen Förderungsprogrammen eine Zusatzförderung aus dem europäischen Regionalfonds erhalten könnten?

48. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Fürchtet die Bundesregierung nicht, daß durch solche Praktiken die anderen Mitgliedsländer der EG, die aus dem Regionalfonds Rückflüsse bekommen, angeregt werden, ebenso die Förderungsmittel zum Haushaltsausgleich zu verwenden, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung gegen derartige Praktiken, die zur Folge hätten, daß die Bundesrepublik Deutschland zum Haushaltsausgleich seiner EG-Partner beitragen würde, zu tun?

49. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Trifft die Meldung zu, der Bundeskanzler habe mit dem französischen Staatspräsidenten abgesprochen, über die Gewährung von Exportkrediten an kommunistisch regierte Staaten

nicht die Europäische Gemeinschaft, sondern jedes einzelne Mitglied im Rahmen von Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft selbst verhandeln zu lassen, obwohl der Europäische Gerichtshof die Exportkreditpolitik zum Teil der Handelspolitik erklärt hat, für die die ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft gegeben ist, und wie rechtfertigt die Bundesregierung — bejahendenfalls — einen derartigen Abbau der Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft, die die Erfüllung einer ständig von sowjetischer Seite erhobenen Forderung darstellen würde?

50. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wieviel Bundesbürgschaften an den Ostblock und wieviel Bundesbürgschaften an die Länder der Dritten Welt gegeben wurden?

51. Abgeordneter **Härzschel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die bis zu 0,10 DM überhöhten Benzinpreise an Autobahntankstellen auf die hohen Mieten zurückzuführen sind, und falls dies nicht der Grund sein sollte, was rechtfertigt dann die überhöhten Preise?

52. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage am deutschen Maschenwarenmarkt, und was gedenkt sie zu tun, um den ungerechtfertigten Wettbewerbsverdrängungen der einheimischen Strickstrumpfindustrie auf Grund einer politisch bedingten Preisstellung ausländischer Anbieter entgegenzuwirken?

53. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Teilt die Bundesregierung Besorgnisse aus der Ärzteschaft, daß die Einführung neuer Einheitsmeßwerte auf Grund des Gesetzes über die Einheiten im Meßwesen im medizinischen Bereich, etwa bei Angaben über Blutdruckwerte und andere Untersuchungsergebnisse, zu Verwirrungen und Kostensteigerungen führen kann, und welche Möglichkeiten sieht sie, die Öffentlichkeit in angemessener Weise über diese Probleme aufzuklären?

54. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Kann die Bundesregierung allgemein die Tendenz einer Mitteilung des Wirtschaftsministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen bestätigen, wonach die Überprüfung von rund 700 000 Fertigpackungen den Nachweis erbrachten, daß bei 11,3% der sogenannte Mittelwert der Füllmengen nicht eingehalten worden war, und daß bei von Hand abgefüllten Warenpackungen sogar 90% starke Verstöße gegen das Einhalten von Mittelwerten festgestellt wurden, und wodurch kann sichergestellt werden, daß die Verbraucher gegen solche Praktiken der Hersteller von verpackten Waren wirkungsvoller als bisher geschützt werden?

55. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die von der Gasversorgung Südhannover-Nordhessen GmbH geplante neue Erdgasleitung von Marburg/Lahn über Neustadt — Schwalmstadt — Homberg — Melsungen — Hess. Lichtenau nach Witzenhausen eine wesentliche und wünschenswerte strukturpolitische Maßnahme für diesen zum großen Teil zum Zonenrandgebiet gehörenden nordhessischen Raum darstellt, und ist sie bereit, dieses Vorhaben zu fördern, und wie soll gegebenenfalls diese Förderung gestaltet werden?

56. Abgeordneter **Lücker** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit dem besorgniserregenden Produktionsrückgang in der deutschen Feinstrumpfindustrie Einhalt geboten wird, der sich von 740 Millionen Stück/Paar im Jahr 1970 auf 520 Millionen Stück/Paar im Jahr 1974 und im Jahr 1975 unter 450 Millionen Stück/Paar verringert hat, und die wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen im europäischen Sektor unterbunden werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

57. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Massentierhaltung zu einer Zunahme der Erkrankungen bei den Tieren geführt hat, und zu welchen Maßnahmen gibt dies — bejahendenfalls — der Bundesregierung Anlaß?

58. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Wann wird das deutsch-niederländische Abkommen über den grenzüberschreitenden Naturpark Maas-Schwalm-Nette unterzeichnet?

59. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Ist es mit den Prinzipien des Sozialstaates noch zu vereinbaren, wenn einem 62-jährigen Angestellten einer nachgeordneten Bundesbehörde nach langer Dienstzeit infolge Verlagerung der Dienststelle trotz eines Sozialplanes, auf Grund dessen bei Härtefällen 12 Monatsgehälter als Abfindung gezahlt werden sollen, erst vier Monate nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst mitgeteilt wird, daß ihm nur eine Abfindung in Höhe von fünf Monatsgehältern gewährt wird und dann, nachdem das Arbeitsgericht in erster Instanz ein Urteil zugunsten des Angestellten gefällt hatte, die nachgeordnete Behörde in der zweiten Instanz beim Landesarbeitsgericht in Berufung geht, wodurch dem Beschäftigten, der seit dem 1. Januar 1974 auf seine Abfindung wartet, weitere finanzielle und seelische Härten zugefügt werden?

60. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Ist es auf Grund der angespannten Haushaltslage in einem solchen Falle, der bereits in der ersten Instanz entschieden wurde, von einer nachgeordneten Bundesbehörde überhaupt noch zu vertreten und zu verantworten, in eine aussichtslose Berufung zu gehen und dadurch der öffentlichen Hand zusätzliche unnötige Kosten zu verursachen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

61. Abgeordneter **Katzer** (CDU/CSU)

Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung für 1976 den Bedarf der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte an liquiden Mitteln, und welchen Betrag davon muß der Bund zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Bundesversicherungsanstalt bereitstellen, damit Verluste bei der Auflösung von Vermögenswerten vermieden werden?

62. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Lücke, die durch die Neufassung des § 205 RVO mit dem Gesetz über die Krankenversicherung der Studenten bei Kindern des Versicherten nach Vollendung des 18. Lebensjahrs im Versicherungsschutz entsteht, wenn eine Hochschulausbildung sich zeitlich nicht unmittelbar an die Schulausbildung anschließt, geschlossen werden sollte, und — wenn ja — welche Lösung schlägt sie dazu vor?

63. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Wie viele Arbeitnehmer sind durch Insolvenzen in den Jahren seit 1969 jährlich durch Verlust des Arbeitsplatzes betroffen worden?

64. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Bis zu welchem Zeitpunkt ist mit einer Verabschiedung der Rechtsverordnung zu § 42 Abs. 4 des Arbeitsförderungsgesetzes durch das Bundeskabinett zu rechnen, die die Bundesregierung in der Beantwortung auf die mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Wagner (Trier) vom 30. Januar 1976 angekündigt hat?

65. Abgeordneter **Bredl** (SPD)

Worauf ist es zurückzuführen, daß in dem vermögensstatistischen Jahrbuch „Einkommens- und Vermögensverteilung" — herausgegeben vom Bundesarbeitsministerium — die Selbstfinanzierungsquote der Investitionen in den Unternehmungen nicht mehr aufgeführt ist?

66. Abgeordneter **Bredl** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, diese aussagekräftige Statistik über diese Selbstfinanzierungsquote nachzureichen?

67. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß zum 1. Mai 1976 eine neue Arbeitsstättenordnung von der Bundesregierung erlassen werden soll, nach der der Verkauf im Freien in Verbindung mit einem Einzelhandelsgeschäft in der Zeit vom 15. Oktober bis 30. April unterbunden werden soll, wenn die Außentemperatur kälter als 16 Grad ist, obwohl es inzwischen durchaus technische Möglichkeiten gibt, beim Verkauf im Freien durch Luftschleier, von denen die Arbeitskräfte nicht berührt werden, Verhältnisse wie in einem Ladengeschäft zu schaffen?

68. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wann ist mit dem Erlaß der Rechtsverordnung zu rechnen, die es Aussiedlern ermöglichen wird, alsbald nach einem von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Sprachlehrgang auch Förderungsleistungen für eine berufliche Bildungsmaßnahme zu erhalten, nachdem diese bereits am 30. Januar 1976 vom Parlamentarischen Staatssekretär Buschfort im Bundestag angekündigt wurde?

69. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung für die individuellen deutschen Renten, die in das polnische Staatsgebiet nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 überwiesen werden, die Umrechnungskurse und die Anrechnungsvorschriften vereinbart, oder wird sie diese vereinbaren?

70. Abgeordneter **Lücker** (CDU/CSU)

Schließt sich die Bundesregierung in ihrer Auffassung und ihren Maßnahmen den jüngsten Maßnahmen der Sozialversicherungsträger an, deren prekäre Finanzsituation den deutlichen Trend zur Klinifizierung der Kuren vermuten läßt — federführend der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger in Frankfurt, sowie die Gewerkschaften —, oder ist man vielmehr der Ansicht, daß eine solche Entwicklung weder von der wirtschaftlichen noch von der gesundheitspolitischen Seite her günstig erscheint und man daher von solchen Plänen absehen sollte?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

71. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Bau der schon zugesagten Panzerwaschanlage auf dem Standortübungsplatz Wentorf unverzüglich, so wie ursprünglich vorgesehen, in Angriff zu nehmen?

72. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Könnte die Bundesregierung es ausgerechnet im Zonenrandgebiet vertreten, wenn diese Investition verschoben und in Kauf genommen werden würde, daß dies die Einsatzbereitschaft der Truppe gefährdet?

73. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Bereich der Traunsteiner Standortkaserne die Wohnbevölkerung sehr stark unter dem Motorenlärm insbesondere der dort stationierten Panzer zu leiden hat, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung innerhalb welchen Zeitraums für geboten und möglich, um diese Beeinträchtigung auf ein erträgliches Maß zurückzuführen?

74. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Trifft es zu, daß das Bundesverteidigungsministerium in mehreren Standorten der Bundeswehr beobachten konnte, daß Kantinenpächter versuchen, die Kantinenpächterreform zu unterlaufen und die gewonnenen Preisvorteile nicht an die Soldaten weiterzugeben?

75. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Was wird die Bundesregierung unternehmen, um sicherzustellen, daß die durch die Kantinenreform für die Soldaten erreichten Vorteile nachhaltig durchgesetzt werden?

76. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundeswehr für die Eckernförder Bucht Ausschließlichkeit verlangt, und welche Entschädigung gedenkt die Bundesregierung der Stadt Eckernförde zu gewähren, da deren Wirtschaftsentwicklung hierdurch schwer belastet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

77. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)

Welche Bundesmittel wurden der Auslandsstelle des Bundesstudentenrings in den Jahren seit 1965 zugewendet?

78. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Trifft es zu, daß Pflegeeltern nicht in den Genuß des ihnen zustehenden Kindergelds kommen, da das Kindergeld von den Jugendämtern auf Grund des Jugendwohlfahrtsgesetzes auf das Pflegegeld angerechnet wird und daß Pflegeeltern darüberhinaus auch steuerlich benachteiligt sind, und auf welche Weise wird die Bundesregierung für Abhilfe sorgen und besonders darauf hinwirken, daß einheitlich von allen Bundesländern auf die Anrechnung des Kindergelds verzichtet wird?

79. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Treffen Aussagen zu, fast jedem zweiten Jugendlichen droht zur Zeit durch übermäßigen Alkoholgenuß ein künftiger Leberschaden, und welchen Rang räumt das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit entsprechender Aufklärung und sonstigen Gegenmaßnahmen im Verhältnis zu seinen übrigen Aktivitäten ein?

80. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Wie hoch ist die Zahl der Bundesbürger anzusetzen, die an Glaukom (grüner Star) erkrankt sind, ist die Bundesregierung nach dem erfolgreichen Verlauf lokaler Vorsorgeuntersuchungen, z. B. in München, bereit, darauf hinzuwirken, daß zur erfolgreichen und frühzeitigen Bekämpfung des Grünen Stars eine allgemeine Vorsorgeuntersuchung eingeführt bzw. ermöglicht wird?

81. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Trifft die Annahme zu, daß trotz der Kindergeldreform das verfügbare Einkommen eines Facharbeiters vom dritten Kind an unter die Sozialhilfegrenze absinkt, und wenn ja, welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen (vgl. Bayerische Staatszeitung „Wirtschaft und Soziales", Freitag, 20. Februar 1976, S. 14a)?

82. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Kann die Bundesregierung Modellrechnungen anhand der Einkommensstatistik vorlegen, die die Auswirkungen der Kindergeldreform gegliedert nach Einkommensgruppen darstellen und dabei auch die regionalen Einkommensunterschiede im Bundesgebiet, insbesondere im Verhältnis von Bayern zum Bundesgebiet darstellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

83. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Kann die Bundesregierung die Richtigkeit an mich herangetragener Klagen von bahnbenutzenden Reisenden in die DDR bestätigen, daß es z. B. auf der Streckenführung Mülheim (Ruhr)—Dresden immer wieder zu stundenlangen Ausfällen der Heizung und Beleuchtung in den Eisenbahnwagen auf dem Gebiet der DDR kommt, und wenn ja, was wird die Bundesregierung unternehmen, um in Verhandlungen mit den zuständigen Stellen der DDR zu erreichen, daß im Interesse der Reisenden, meist älteren Menschen, bessere Transportbedingungen gesichert werden?

84. Abgeordneter **Peter** (SPD)

In welchem Umfang (Arbeitsstunden) schreibt die Deutsche Bundesbahn im Jahr 1976, trotz des vorhandenen Personalüberhangs, Arbeiten aus, die eine besondere, beim Bundesbahnpersonal etwa nicht vorhandene, Qualifikation nicht erfordern, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus?

85. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber erteilen, warum der Ausbau der B 3 in der Gemeinde Ottersweier (Baden) noch nicht in Angriff genommen werden konnte, zumal alle anderen Ortsdurchfahrten der B 3 zwischen Baden-Baden und Achern fertiggestellt wurden, und was kann die Bundesregierung zur Beschleunigung des Ausbauverfahrens tun?

86. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist es richtig, daß zur Bekämpfung der Winterglätte auf den Bundesautobahnen auch Tausalze französischer Herkunft verwendet werden, deren tauwirksamer Anteil einige Prozente geringer ist, dessen Anteil an unlöslichen Mineralstoffen höher ist (3 % bis 7 %) und dessen Körnung in trockenem Zustand wesentlich grober ist als bei vergälltem Kochsalz bzw. bei Kalziumchlorid, und wenn ja, aus welchen Gründen?

87. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)** (CDU/CSU)

In welcher Höhe belaufen sich die Kostenberechnungen der Deutschen Bundesbahn, die dazu führten, daß in dem Bericht der Deutschen Bundesbahn an die Bundesregierung über ein betriebswirtschaftlich optimales Streckennetz die Strecke Rastatt—Freudenstadt (Murgtalbahn) zu den Strecken gezählt wurde, die nicht zu diesem optimalen Netz gehören?

88. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)** (CDU/CSU)

Liegen die Kostenberechnungen für die Murgtalbahn — rein betriebswirtschaftlich gesehen — im Verhältnis zu anderen Bundesbahnstrecken, die gleichfalls nicht zum optimalen Streckennetz zählen, in einer Zone mit größeren oder geringeren Mindereinnahmen, wie sie die Deutsche Bundesbahn auf Grund ihrer Rentabilitätskriterien ermittelt hat?

89. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Welche der in den Rationalisierungsvorschlägen der Deutschen Bundesbahn als betriebswirtschaftlich unrentabel ausgewiesenen Bahnstrecken hält die Bundesregierung für unentbehrlich?

90. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die durch die Stillegungspläne ausgelöste negative wirtschaftliche Signalwirkung in den sturkturschwachen Räumen und die Unsicherheit bei den betroffenen Eisenbahnern über ihre Zukunft so früh wie möglich zu beseitigen?

91. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)	Wie hoch setzt die Deutsche Bundesbahn die Kostenentlastung aus der Stillegung der im Landkreis Lindau gelegenen Nebenstrecken Lindenberg—Scheidegg und Röthenbach—Weiler an, und wie hoch ist die Defizitverminderung durch die zur Stillegung vorgesehenen 48 bayerischen Nebenstrecken insgesamt?
92. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)	Aus welchen Gründen gewährt die Deutsche Bundesbahn Empfängern von vorzeitigem Altersgeld und Landabgaberente nach dem Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte keine Sonderrückfahrkarten im Rahmen der DB-Aktion „Bahnbonbons"?
93. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)	Was wird geschehen, um die Gleichstellung des genannten Personenkreises mit dem entsprechenden Teil der Bevölkerung so schnell wie möglich sicherzustellen?
94. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung in ihrem Verantwortungsbereich die Errichtung von Schallschutzmaßnahmen als notwendig anerkennen, wenn die Richtwerte für ein allgemeines Wohngebiet tagsüber um 25 DB (A) und nachts um 34 DB (A) überschritten werden?
95. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß die Gesundheit und menschenwürdige Umweltbedingungen von 350 Bürgern die Investitionen für eine Schallschutzmaßnahme rechtfertigen, die darin besteht, an der Bundesautobahn A 2 in Bönen-Nordbögge einen 1,3 km langen und 4 m hohen Zaun zu errichten, und wenn ja, wird sie entsprechende Maßnahmen ergreifen?
96. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)	Inwieweit ist der Bundesregierung das Verkehrsgutachten der Landsiedlung Rheinland-Pfalz über eine optimale Trassenführung der B 256 im Raum Hamm/Sieg bekannt, und beabsichtigt sie, die vorgeschlagenen Maßnahmen in ihre Planungen einzubeziehen?
97. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)	Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, im Rahmen ihrer Absicht, mehr Straßenbaumittel für die Erschließung und der Verkehrsverbesserung im ländlichen Raum einzusetzen, auch die Verkehrsverbesserung im Verlauf der B 256 im Raum Hamm/Sieg in absehbarer Zeit zu verwirklichen?
98. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)	Sind der Bundesregierung die seit Jahren dauernden Bemühungen der Stadt Rastatt-Niederbühl bekannt, im Zuge des Ausbaus der L 77 mit Umgehung Niederbühls eine Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs an der Bundesbahnstrecke Rastatt—Baden-Baden Oos zu erreichen im Sinne der von Rastatt bevorzugten Variante einer Strecken-

unterführung der Deutschen Bundesbahn, und welche zeitlichen Vorstellungen bestehen seitens der Bundesregierung hinsichtlich der Durchführung der Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs, und hat die Bundesregierung gegebenenfalls rechtliche Möglichkeiten zu einer Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens beizutragen?

99. Abgeordneter **Walkhoff** (SPD)

Kann der Antwort der Bundesregierung auf meine mündliche Frage Nr. 81, Drucksache 7/4707, Stenographischer Bericht der 221. Sitzung — Anlage 11, entnommen werden, daß die Bundesregierung nicht den Standpunkt der EG-Kommission teilt, daß eine allgemeine Führerscheinpflicht für alle Arten von Kraftfahrzeugen die Verkehrssicherheit erhöhen würde (Euroforum Nr. 2/76, S. 6)?

100. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung sich von den Landes- und Gemeindebehörden die erforderlichen Unterlagen beschaffen, um die von mir eingereichten Fragen über die Bedeutung der Bundesbahnstrecken für den Fremdenverkehr sowie für die Industrie und die Arbeitsplätze der Stadt Bad Wurzach (Drucksache 7/4707, Teil B Nr. 58 und 59) beantworten zu können?

101. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunft der Großen Kreisstadt Wangen im Allgäu, insbesondere für ihre industriellen Arbeitsplätze und ihren Fremdenverkehr, hat nach Auffassung der Bundesregierung — unter entsprechender Heranziehung der notwendigen Unterlagen der Landes- und Gemeindebehörden — die Bundesbahnstrecke Hergatz—Kisslegg sowie deren verkehrsgünstige Anbindung an die Bundesbahnstrecke Aulendorf—Memmingen?

102. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Welche Druckereien, die auch Aufträge Behördenfremder oder Behördenangehöriger in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen gegen Entgelt ausführen, werden vom Bund und seinen Institutionen betrieben, und zu welchen Preisen werden die Aufträge ausgeführt?

103. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Wie sind die Preise kalkuliert, und wie hoch ist der Umsatz bzw. der Wert der gelieferten Produkte?

104. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit sicherzustellen, daß bei der Auswertung des Versuchs zur Zusammenführung des Postreisedienstes mit dem Omnibus-Reisedienst der Deutschen Bundesbahn sowohl die Personalvertretungen der Deutschen Bundesbahn wie auch der Deutchen Bundespost umfassend beteiligt werden?

105. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung das Auswertungsergebnis und insbesondere die Stellungnahmen der Personalvertretungen dem Bundestag und der Öffentlichkeit zugänglich machen?

106. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, an Stelle der bei der Deutschen Bundespost vorgesehenen Ausbildung für Fernmeldehandwerker, von denen die Deutsche Bundespost schon heute sagt, daß sie nicht übernommen werden können, zu veranlassen, daß bei dieser zusätzlichen Ausbildung andere Berufe ausgewählt werden, z. B. Starkstromelektriker, die eine größere Chance haben, einen entsprechenden Arbeitsplatz in der Wirtschaft zu finden?

107. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Land Berlin linksradikale Gruppen einen illegalen Sender betreiben, über den zu Gewalttätigkeiten aufgerufen und entsprechende Ratschläge erteilt werden, und ist es — bejahendenfalls — der Deutschen Bundespost gelungen, diesen Sender aufzuspüren und zum Schweigen zu bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

108. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung, die Richtlinien zur Förderung des Wohnungsbaus für alte Menschen vom 30. Dezember 1971 des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau dahin gehend zu ändern, daß die Finanzierungs- und Folgekosten für die in diesen Richtlinien geforderten Gemeinschaftseinrichtungen nicht über eine Sonderumlage von den Mietern erhoben werden müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

109. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß ihre Antwort auf meine Frage A 89 (Stenographischer Bericht Seite 15 428) nach der Bezeichnung der Vertragspartei bei Auftragserteilungen für Bauarbeiten an Bahnanlagen im Land Berlin offen läßt, welche Stelle als Vertragspartei bezeichnet ist, und wenn ja, warum hat die Bundesregierung, statt meine Frage zu beantworten, lediglich mitgeteilt, wer ihr Vertragspartner bei den Abmachungen mit Ost-Berlin war?

110. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wieviel Ausreiseanträge in der DDR im Jahr 1975 gestellt worden sind und ob die bekanntgewordene Zunahme dieser Antragstellung auf die Konferenz von Helsinki in bezug auf den Korb 3 — menschliche Erleichterung — zurückzuführen sind?

111. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Entsprechen Meldungen der Wahrheit, wonach bundesdeutschen Firmen, insbesondere niedersächsische Baufirmen, am mit finanziellem Zuschuß der Bundesrepublik Deutschland geplanten Ausbau der Autobahn Helmstedt—Berlin nicht teilnehmen können, obwohl Kapazitäten hierfür bei uns brach liegen?

112. Abgeordneter **Roser** (CDU/CSU)

Trifft die Meldung der Fuldaer Zeitung vom 21. Februar 1976 zu, in den Strafanstalten des SED-Regimes würden die politischen Häftlinge geschlagen und gequält, unzureichend ernährt, in feuchte Zellen gesteckt, mit Besuchs- sowie Brief- und Paketempfangsverboten belegt, es würde ihnen ärztliche und seelsorgliche Betreuung verweigert, und was hat die Bundesregierung — bejahendenfalls — dagegen unternommen, hat sie insbesondere auch die Öffentlichkeit im In- und Ausland davon unterrichtet?

113. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die DDR-Behörden nach wie vor Anträge auf Reisen von Bewohnern der DDR in dringenden Familienangelegenheiten in die Bundesrepublik Deutschland unter Hinweis darauf, daß Angehörige des Antragstellers aus der DDR geflüchtet sind oder Fluchtversuche unternommen haben, zurückgewiesen werden?

114. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um die DDR zur Abkehr von derartigen Methoden der Sippenhaftung zu veranlassen, die den bei Abschluß des Verkehrsvertrags und des Grundvertrags gemachten Zusagen widersprechen?

115. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wie wird die Schaffung von Sperr- bzw. Grenzgebieten der westlichen Seite der Demarkationslinie zwischen den West-Sektoren und dem Sowjet-Sektor von Berlin gerechtfertigt, wenn andererseits dem durch das Grundgesetz garantierten unbehinderten Verkehr innerhalb der ganzen Stadt eine so große und zwingende Bedeutung beigemessen wird, daß die Einreise von Personen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherung und Ordnung darstellen, sowie die Verbringung von Waren und Hinterziehung von öffentlichen Abgaben in Kauf genommen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

116. Abgeordneter **Roser** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, in Kenia drohte durch die Abholzung von Regenwäldern zur Holzkohlegewinnung die Verwandlung in eine wasserlose Steppe, und wird — bejahendenfalls — die Bundesregierung darauf ebenso reagieren, wie bei der Bedrohung des Nakurosees?

117. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung innerhalb der Rahmenplanung für Kapitalhilfezusagen 1976 eine besondere „Afrika-Reserve" von 40 Millionen DM geschaffen hat, aus der — über die in der Rahmenplanung im einzelnen aufgeführten Hilfszusagen hinaus — u. a. Angola, Guinea, Guinea-Bissau und der Tschad Kapitalhilfe erhalten sollen?

118. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Sind nach Auffassung der Bundesregierung die in der „Aktuellen Planung" der Rahmenplanung aufgeführten geplanten Hilfszusagen für konkrete Projekte und Maßnahmen bloße, für die Bewirtschaftung der jeweiligen Titel unverbindliche „Merkposten", und ist es nach Auffassung der Bundesregierung haushaltsmäßig und politisch zulässig, in der „Reserveplanung" Maßnahmen einzusetzen, die nach dem erklärten Willen der Bundesregierung nicht realisiert werden sollen?

Bonn, den 5. März 1976